

Gefüllte Blasen

FDP fordert mehr Transparenz bei Erdgasbohrung im Münsterland

30. März 2011 – Wind, Sonne, Erdgas: Nach dem Reaktorunglück von Fukushima ist die Frage nach dem richtigen Energiemix wieder Topthema der politischen Debatte. Auf Eilantrag der FDP (Drs. 15/1635) hat der Landtag nun über die vom US-Ölkonzern Exxon geplanten Probebohrungen nach unkonventionellem Erdgas in münsterländischem Schiefergestein diskutiert. Die Menschen dort seien verunsichert und befürchteten Schäden für Grundwasser und Umwelt, falls der Konzern nach der Fracking-Methode Chemikalien mit großem Druck durchs Bohrloch in den Boden pumpe, betont die FDP. Sie fordert daher mehr Transparenz seitens der Landesregierung.

Foto: Schälte

„Die Informationspolitik der Behörden und auch dieser Landesregierung hat bisher nicht dazu geführt, Ängste und Sorgen dieser Menschen zu reduzieren“, kritisierte Dr. Stefan Romberg (FDP). Noch im Februar habe der Wirtschaftsminister behauptet, NRW sei beim Fracking völlig unerfahren. Wenige Wochen später habe die Bezirksregierung nun bestätigt, dass es solche Bohrungen bereits von 1992 bis 1997 gegeben habe. „Hat der Wirtschaftsminister hier das Plenum bewusst getäuscht?“, fragte Romberg. Auch habe die Regierung bereits aus Niedersachsen bekannte Umweltschäden verschwiegen. „Wir wollen endlich vollständige Aufklärung von Ihnen.“

Rot-Grün nehme die Sorgen der betroffenen Menschen nicht ernst genug, kritisierte Hendrik Wüst (CDU). „Als Münsterländer muss man den Eindruck gewinnen, dass Ihnen das Thema noch immer am Allerwertesten vorbeigeht.“ Gleichzeitig gratulierte Wüst den Bürgerinitiativen, die mit ihren Protesten offenbar ein Moratorium erreicht hätten. Allerdings bleibe dieses inhaltlich bisher unklar, bemerkte er: „Irgendjemand sollte uns irgendwann einmal unterrichten, was das mit dem Moratorium eigentlich auf sich hat.“ Zudem wundere er sich, dass der Wirtschaftsminister angeblich weder von Fracking in NRW noch von Problemen in Niedersachsen gewusst habe.

André Stinka (SPD) konnte den Vorwurf mangelnder Transparenz nicht nachvollziehen. „In dem

Verfahren hat ein Expertengespräch stattgefunden, wasserrechtliche Genehmigungen sind eingezogen worden“, erklärte er. Auch hätten die Bezirksregierung Arnsberg und die Landesregierung die Öffentlichkeit und das Parlament informiert. „Sie sollten die Vorlagen lesen, die im Wirtschaftsausschuss niedergelegt werden“, empfahl er seinen Vorrednern. Die beiden Abgeordneten hätten auch jüngst nicht an einem Fachgespräch der Bezirksregierung teilgenommen, bemerkte der SPD-Sprecher. Viele der angesprochenen Dinge seien dort Thema gewesen.

Die Regierung werde ihrer Verantwortung gegenüber den Betroffenen gerecht, verteidigte Wibke Brems (Grüne) die Koalition und kündigte ein aufklärendes Gutachten zu wichtigen Fragen rund um unkonventionelles Erdgas an. Problematisch sei allerdings die mangelnde Transparenz des Exxon-Konzerns. In Niedersachsen habe er die Menschen nicht über den Giftunfall aufgeklärt, kritisierte Brems. „Wenn Fragen zu unkonventionellem Erdgas an Exxon gestellt werden, antwortet das Unternehmen ausweichend.“ Das mache es auch der Regierung nicht gerade leicht. Als oberstes Ziel formulierte Brems, Trinkwasser frei von giftigen Chemikalien zu halten.

„Sie sollten sich hier endlich konsequent verhalten und klipp und klar sagen: Dieses unkonventionelle Erdgas wollen wir nicht“, forderte Rüdiger Sagel (Linke) die anderen Fraktionen auf.

Im dichtbesiedelten Nordrhein-Westfalen nach Erdgas zu bohren, sei völlig falsch. Niemand könne ausschließen, dass es zu Problemen komme. In den USA seien die Risiken längst eingetreten. „Der Konzern Exxon ist als Verursacher gewaltiger Umweltauswirkungen bekannt“, sagte Sagel. Offenbar wollten sich aber sämtliche Fraktionen noch ein Türchen offenhalten, vermutete er. Würden diese eine konsequente Politik machen, müssten sie die Probebohrungen verbieten.

„Der konstruierte Vorwurf, die Landesregierung versuche gezielt, Informationen zurückzuhalten, entbehrt jeder Grundlage“, sagte Arbeitsminister Guntram Schneider (SPD) in Vertretung des Wirtschaftsministers. Über die von der FDP angesprochenen Probebohrungen aus den 90er-Jahren habe dieser den Ausschuss bereits im Dezember unterrichtet. Die nun geplanten Tests seien dennoch Neuland für NRW: Es gehe nicht nur um Gas aus Flözen, sondern auch aus Schiefergestein. Eine solche unkonventionelle Lagerstätte hätten Unternehmen in NRW erstmals während der aktuellen Erdgas-suche angezapft – mit der im Jahr 2008 noch unter Schwarz-Gelb genehmigten Bohrung in Oppenwehe. *bra*

Der Landtag hat den Eilantrag (Drs. 15/1635) mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.